

Ne XIX. GP-NR  
1206 13  
1995-05-31

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kostelka  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend das freiheitliche "Jahrbuch für politische Erneuerung 1995" und der Verdacht des  
Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz

Das Buch "Freiheit und Verantwortung - Jahrbuch für politische Erneuerung 1995",  
herausgegeben vom Freiheitlichen Bildungswerk im Eigenverlag, bietet ein breites  
Sammelsurium von Autoren.

Neben seriösen Persönlichkeiten, wie Jens Tschebull und Marion Gräfin Dönhoff (die  
allerdings nicht wußte, wo sie publiziert und sich inzwischen distanziert hat) findet man eine  
Reihe wenig bekannter und wenig aussagekräftiger Autoren. Natürlich dürfen aber auch  
rechtsextreme Vertreter in diesem Jahrbuch nicht fehlen und das offizielle Organ der  
Israelitischen Kultusgemeinde Wien "Die Gemeinde" wies bereits darauf hin, daß mehr als  
ein Viertel der Autoren des genannten Buches im "Handbuch des österreichischen  
Rechtsextremismus" vermerkt sind.

Wie in Berichten von Tageszeitungen vom 24. Mai 1995 (siehe Beilage) nachzulesen ist, gibt  
es zumindest einen Beitrag dieses Jahrbuches, der im Verdacht steht, gegen das NS-  
Verbotsgesetz zu verstoßen.

Der aus Salzburg stammende Politikwissenschaftler Werner Pfeifenberger bringt in seinem  
Artikel die von der Wissenschaft hinlänglich widerlegte Lüge einer "jüdischen  
Kriegserklärung" an Deutschland vor. So schreibt er nach einem obgenannten Bericht  
wörtlich: "Der wechselseitige Haß saß so tief, daß 'Judea' in der britischen Tageszeitung  
'Daily Express' bereits am 24. März 1933, also kurz nach Amtsantritt der  
nationalsozialistischen Regierung, nicht nur dieser, sondern ganz Deutschland den Krieg  
erklärte."

Das Landesgericht Wien hat in einer Entscheidung im Jahr 1980 festgestellt, daß die  
Behauptung der jüdischen Kriegserklärung sowie die Leugnung der nationalsozialistischen  
Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg als "Schreibweise im nationalsozialistischen Sinn"  
zu werten sei.

Aber auch noch andere bedenkliche Textstellen finden sich in diesem Artikel. So haben laut  
Pfeifenberger "nicht Deutschland, sondern die internationalistischen Kapitalisten den Zweiten  
Weltkrieg als militärische und wirtschaftliche Auseinandersetzung" angestrebt und "alles"  
getan, "um zu provozieren".

Entgegen den Erkenntnissen von allen ernstzunehmenden Historikern wird demnach hier versucht, die eindeutige Schuld des nationalsozialistischen Deutschland am Kriegsausbruch zu leugnen.

Obwohl das nationalsozialistische Regime ohne Zweifel das größte Terrorregime der Geschichte ist, trifft Pfeifenberger über den Nationalsozialismus folgende Einschätzung: dieser habe nämlich eine "nationalsozialistische Gesellschaft" geschaffen, "in der die nationale Volks- und Wertegemeinschaft den Klassenkampf erübrigte und der die sozialistischen Ziele im wesentlichen friedlich (wenn auch nicht demokratisch) verwirklichte."

Sofern die genannten Zitate in den Medienberichten richtig sind, besteht wieder einmal der Verdacht, daß in einem mehr oder weniger offiziellen Organ der Freiheitlichen nationalsozialistische Propaganda betrieben bzw. gegen das NS-Verbotsgesetz verstoßen wird.

Da gegen jede Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln strengstens vorgegangen werden soll, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

#### **Anfrage:**

1. Ist das freiheitliche "Jahrbuch für politische Erneuerung 1995" bereits Gegenstand von Ermittlungen der Justiz, insbesondere im Hinblick auf Verdacht des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz ?
2. Wenn ja: welche Ergebnisse dieser Ermittlungen gibt es bereits ?
3. Wenn nein: welche Schritte gedenken Sie aufgrund des Ihnen nunmehr vorliegenden Sachverhaltes in der Causa "Jahrbuch für politische Erneuerung 1995" zu setzen ?
4. Durch die Novelle 1992 wurde das Verbotsgesetz ein Instrument, das effizienter und besser als vorher in der Lage ist, Fälle von Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn zu verfolgen. Wie beurteilen Sie unter diesem Gesichtspunkt den in der Einleitung zitierten Artikel von Werner Pfeifenberger im freiheitlichen "Jahrbuch für politische Erneuerung 1995" ?